

POLITISCHE HALBZEIT IM LAND



Artikel in dieser Ausgabe

1. Halbzeit-Bilanz: Polizei und Innere Sicherheit
2. Rente für häusliche Pflege von Angehörigen
3. Mehr Widerstandsdelikte gegen Polizisten
4. 1.666 Straftaten gegen Polizisten
5. Land springt bei Schmerzensgeld ein
4. Auf Streife wird ab jetzt gespart
5. Entschieden gegen Freigabe von Cannabis
6. Bekämpfung von Kinderpornografie
7. Entlastung gesetzlich Krankenversicherter
8. Vorsorgekuren für Teilzeitbeschäftigte
9. Eltern-Kind-Kuren auch für Polizeibeamte
10. DPoIG fordert Masterplan für Polizeigebäude

Impressum

Redaktion:
Ralf Kusterer
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: ralf.kusterer@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen
sind entsprechend gekennzeichnet

Halbzeitbilanz: Polizei und Innere Sicherheit Statement der DPoIG zur „grün-schwarzen Halbzeit“.

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, überschreibt die Halbzeitbilanz für die Bereiche der Inneren Sicherheit und der Polizei mit „Viel Licht, aber auch Schatten“. In seiner Bilanz zieht er Parallelen von der gezeigten Leistung der Politiker und zu einem mal mehr, mal weniger gut aufgestellten Fußballteam.

Bewerten wir das, was die grün-schwarze Landesregierung nach den Erfordernissen zur Kriminalitätsbekämpfung und für ein sichereres Baden-Württemberg getan hat, dann fällt die Bilanz nicht ganz so gut aus. Zu groß sind die Versäumnisse in der Vergangenheit, zu groß die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen.

Die erste Halbzeit hat nicht dazu ausgereicht, die Stürmer besser aufzustellen und die Verteidigung auszubauen - zu groß sind die Lücken. Der Gegner mit seinem aggressiven Spiel ist immer noch nicht so kontrollierbar, wie es wünschenswert wäre. Trotz gutem Stellungsspiel kann man nicht über weite Strecken sicher den Ball halten und verwandeln. Alle hoffen auf die zweite Halbzeit. Wir sind gespannt, wie sich die Trainer selbst und die Mannschaft in der Pause, die angesichts der Herausforderung nur kurz ausfallen darf, motivieren und besser aufstellen können...

„Die Mannschaft spielt, als wenn es keine Probleme im Management und die Sponsoren sich die Klinke in die Hand geben würden.“

Bewerten wir die erste Halbzeit daran, was die beiden Trainer vor Spielbeginn den Zuschauern und Fans versprochen haben, dann kann sich das sicher sehen lassen. Trotz personell geschwächter Mannschaft konnte das Polizeiteam vor dem Abstieg bewahrt werden. Die überwiegend älteren Spieler können ihre Erfahrungen gut umsetzen und die wenigen jüngeren Spieler tasten sich immer besser



Gut beobachtet und inhaltlich treffend beschrieben: In seiner Halbzeit-Bilanz spricht Ralf Kusterer alle wichtigen Bereiche an und geht zwar kritisch, aber fair mit den politisch Verantwortlichen um.

ins Spiel. Das Torverhältnis könnte besser sein, aber die Standardsituationen gelingen immer mehr. Das Tor-Netz ist zwar ausgefranst, aber die Mannschaft scheint immer noch erleichtert und motiviert zu sein, wenn sie aus ihren teilweise vermieteten Umkleieräumen aufs Feld darf. Dort spielen sie noch immer so, als wenn es keine Probleme im Management und die Sponsoren sich die Klinke in die Hand geben würden.

Das Beste im Club ist immer noch die Mannschaft, die immer Vollgas gibt. Auch weil die Mannschaft genau weiß, dass die Zuschauer und Fans, darunter auch ihre eigenen Famili-

enangehörige, hinter ihnen stehen. Die Jugendmannschaft wartet noch auf ihr modernes Trainingslager und der Stadionneubau lässt auf sich warten. Aber es gibt schon gute Unterstände die vor Regen und Kälte schützen und mit einigen mitgebrachten Einrichtungsgegenständen kann man sich auch darin schon fast wohl fühlen.

Der Mannschaftsbus ist geleast und es ist gewährleistet, dass man zu jedem Spiel rechtzeitig anreisen kann. Man muss zwar etwas zusammenrücken und die Sporttaschen auf dem

Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Fortsetzung von letzter Seite.

Schoss abstellen. Aber dafür kann man auf dem Rückweg, wenn man alles gegeben hat, auch den Kopf darauf ablegen...

Übertragen heißt das: Die Bilanz die wir ziehen, muss sich am Koalitionsvertrag messen lassen. Viele Forderungen der Deutschen Polizeigewerkschaft wurden darin aufgenommen. Wir wachen sehr genau darüber, ob diese erfüllt werden. Und wir freuen uns, wenn wir aktuell sehen können, dass davon sehr viel angegangen, angefangen und teilweise auch schon umgesetzt wurde. Der Weg stimmt.

„Die aufgabengerechte personelle und sachliche Ausstattung der Polizei ist zwar eingeleitet, aber noch lange nicht abgeschlossen.“

Die Koalition hat die versprochenen 1.500 neuen Stellen geschaffen. Davon 900 Stellen für Auszubildende. Und an den nächsten Haushalt sind 600 Tarif- und Verwaltungsbeamtenstellen angeschlossen. Rein sprachlich betrachtet hat die Regierung ihr Versprechen eingehalten. Mehr als 100 Tarifstellen wurden aber nur mit einer Befristung für die Dauer der Einstellungsoffensive geschaffen. Wir brauchen aber dringend diese etwa 117 Stellen für Ermittlungsassistenten (von denen aktuell nur ca. 1/3 eingestellt werden können) dauerhaft zur Entlastung der Kriminalpolizei.

Die **Besetzung der Ausbildungsstellen macht Schwierigkeiten** - eine Zielkorrektur wäre angezeigt, eine Verstetigung der Bildungseinrichtungen über einen Interimsstatus hinaus, ist unabdingbar. Lediglich der Bildungsstandort Wertheim verfügt über klimatisierte Unterrichtsräume – das sollte heute Standard sein. Ebenso die dortigen Zweitbett-Unterbringungen mit Dusche und WC.

Der **Stellenpool für freiwillig verlängernde Bedienstete** wurde eingerichtet und sogar erhöht (auf circa 220 Stellen). Das ist zu begrüßen, doch richtig gut wäre die Erhöhung des Stellenpools auf genau die An-

zahl derer, die auch freiwillig länger arbeiten.

Bestehende Stellenbesetzungssperren im Tarifbereich wurden bisher nur ausgesetzt. Die dauerhafte Aufhebung steht noch aus. Die zeitweise Aufhebung im Nachtragshaushalt ist ein weiterer Schritt.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat mit der Bundeskanzlerin die Rechtsgrundlagen für die Übertragung der Begleitung von Schwertransporten auf den Weg gebracht. Im Pilot können wir bereits positive Entlastungen von vollzugsfremden Aufgaben wahrnehmen.



Genau Hinsehen: Neben der vielbeachteten „Einstellungsoffensive“ wurde auch eine „Zukunftsoffensive Kriminalpolizei“ im Koalitionsvertrag verankert. Noch ist das zarte Pflänzchen gut versteckt.

Eine „Zukunftsoffensive Kriminalpolizei“ kann man aktuell nur als kleines Pflänzchen erkennen. Hier gibt es noch viel zu tun. Auch wenn man die Gelder für Ermittlungsverfahren erhöht. Der Rückstau bei Personal, Material und bei den Liegenschaften ist erheblich. Wir brauchen eine Offensive bei der die Cracks der Kriminaltechnik ganz vorne mit dabei sind. Wir brauchen modernste Technik, Rechtsgrundlagen die uns nicht ausbremsen und eine permanente Qualitätssicherung. Ermittlungserfolge und professionell abgeschlossene Strafverfahren müssen die Wegweiser sein.

Im Bereich der verlässlichen Karriereplanung hat sich Einiges getan. Allerdings ist man noch weit davon entfernt, um von „deutlich verbesserten und verlässlicheren“ Entwicklungsperspektiven mit „spürbaren“ Strukturverbesserungen im Personalbereich reden zu können. Insbesondere kann man den Eindruck gewinnen, dass es an einer Koordination und einem Konzept fehlt. Gute Ansätze, die aber nicht wie bei einem Puzzle passgenau zusammengefügt werden können. Es fehlt an der zugesagten Kommission unter Federführung des Innenministeriums, die sich mit der weiteren Ausgestaltung der Laufbahn-

rechtlichen Rahmenbedingungen beschäftigen wird. Wir hätten diese Kommission gerne an den Anfang der Legislaturperiode gesetzt und nicht ans Ende. Aber wir bieten gerne unsere Mitarbeit und Expertise dazu an.

„Die geplante Dienstpostenbewertung bewegt uns Alle.“

Die Dienstpostenbewertung bei der Polizei bewegt die Beamten in der Polizei. Eine von der DPoIG ausgehandelte Lösung mit 20% Bewer-

Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Fortsetzung von letzter Seite.

tungsüberhang und der politischen Zusage, diese Überhänge mit zusätzlichen Beförderungen sukzessive abzubauen, bringt uns weiter.

Der gehobene Dienst soll die **zentrale Laufbahn der Polizei** sein. Dieses Ziel wird bei den hohen Einstellungen von Auszubildenden im mittleren Dienst nur über teure und langwierige Ersatzwege möglich sein, welche die Polizei zunehmend schwächen. Aber auch hier kann die Vergangenheit nicht in nur einer Halbzeit zurückgedreht werden.

Der mittlere Dienst wurde zwar erhalten, aber das **Ziel eines Korridors** für Bewerberinnen und Bewerber mit mittlerem Bildungsabschluss oder handwerklicher Vorbildung nicht erreicht, weil zunehmend Absolventen mit Abitur und Fachhochschulreife diese Plätze belegen.

„Angekündigte Strukturverbesserungen bei den Verwaltungsbeamtinnen und -beamten sind spürbar und greifen. Beim Tarifpersonal ist davon bislang wenig angekommen.“

Strukturverbesserungen bei den Verwaltungsbeamtinnen und -beamten begrüßen wir ausdrücklich, auch weil wir seit Jahrzehnten dafür kämpfen. Beim **Tarifpersonal innerhalb der Polizei** ist davon bislang wenig angekommen. Auch gerade weil es am unflexiblen und starren Tarifrecht hängt, bedarf es neuer Wege und kraftvoller Anstrengungen. Die Enttäuschungen sind groß. Eben auch weil Leistung und finanzielle Verbesserungen nicht im Einklang stehen. Wir wünschen uns, dass Baden-Württemberg sich stärker in der Arbeitgeber-Verhandlungsgruppe einbringt und gemeinsam mit den Tarifvertretern der DPoIG gangbare Lösungen sucht.

Die **Überstundenberge bei der Polizei** abzubauen ist und bleibt ein Ansatz, der durch die Zurverfügungstellung von Geldern, jedoch nur die Symptome bekämpft. Nur mit mehr Personal wird man die Belastungen der Polizei-

beschäftigten nachhaltig reduzieren können. Das dauert, ist aber nicht dieser Regierung anzulasten.

Die Schaffung einer neuen Grundlage für den **Einsatz von Polizeifreiwilligen** steht noch aus. Wir hoffen, dass es gelingt, diejenigen die sich für einen solchen Dienst zur Verfügung stellen, mit Wertschätzung und Anerkennung zu begegnen.

Die **Evaluation der Polizeireform** ist abgeschlossen. Grüne und CDU haben sich darauf geeinigt, einen Teil der Ergebnisse umzusetzen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft ist dabei ganz nahe am Städtetag Baden-Württemberg.

Verkorkst bleibt die Situation für den Bereich Tuttlingen. Die damaligen Väter der Polizei wussten schon, warum sie dort kleinere aber schlagkräftige Dienststellen hatten, die kaum anders zusammengefügt werden können.

Der **Bürgerbeauftragte** arbeitet. Es ist ein ehemaliger Polizeivizepräsident. Eine individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und -beamte konnte damit verhindert werden. Das ist gut so.

Das Kabinett hat die Einführung der **Erfüllungsübernahme für titulierte Schmerzensgeldansprüche** in einer Art und Weise auf den Weg gebracht, wie kein anderes Bundesland zuvor und damit einen direkten Vorstoß des DPoIG-Bundsvorsitzenden umgesetzt.

Die **Polizeistruktur 2020 kommt**. Wir wünschen uns, dass dies zumindest für alle Beschäftigten sozialverträglich geschieht. Unzufrieden sind wir mit der Lösung für eine operative Einheit und für die Verkehrspolizei, die beide in das Areal einer Aus- und Fortbildungsstätte verlegt werden sollen. Das muss dringend verhindert werden, weil es



Was haben nächtliches Martinshorn, Beladen und Motorengeräusche mit erwachsenengerechtem Lernen gemeinsam? Nichts. Trotzdem sollen sich Aus- und Fortzubildende, Kräfte der Verkehrspolizei, Einsatzbeamte und eine Spezialeinheit künftig eine Liegenschaft teilen.

Die **Body-Cams kommen**. Nachgebessert werden muss beim Einsatz in Wohnungen, da gerade dort immer wieder Situationen entstehen, für die man Body-Cams vorgesehen hat. Andernfalls bleibt man mit der Einführung auf halbem Weg stehen.

in keiner Weise sachgerecht ist. Wir brauchen diesen Standort komplett für die **Fortbildung der Polizei**, die sonst dort nicht ausreichend in Umfang und Qualität erfolgen kann.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von letzter Seite.

Und auch bei den Rechtsgrundlagen hat man Einiges auf den Weg gebracht. **Ein durchaus sehenswertes Polizeigesetz**, das man in der zweiten Halbzeit noch nachbessern kann. Gut ist eine Regierung immer dann, wenn sie Herausforderungen erkennt und umsetzt. Bisher ist das gut gelungen. Mit Maß und Ziel muss das im Sinne einer erfolgreichen Strafverfolgung und Prävention fortgesetzt werden.

Die Polizei mit modernen Arbeits- und Einsatzmitteln **auf dem neuesten Stand der Technik** auszustatten und dafür zusätzliche Mittel bereitzustellen, bleibt eine Daueraufgabe. Das sieht nicht schlecht, aber auch vermutlich nie super gut aus. Zu groß sind die technischen Erneuerungsprozesse. Wir müssen dranbleiben. Die Umsetzung der DPoIG-Forderung zur flächigen Beschaffung von Dokumen-

tenprüfgeräten ist ein gutes Zeichen. Wichtig ist, dass die Polizeidienststellen **neben Ermittlungskosten mehr Betriebsmittel** erhalten. Auch weil sie keinerlei perspektivische Entwicklungsmöglichkeiten haben. Die Mittel wurden erhöht aber sie reichen bei Weitem nicht aus.

Die Landesregierung hat im Haushaltsrecht eine Möglichkeit geschaffen, um bei Steuermehreinnahmen auch den Sanierungsstau abbauen zu können. Aus Sicht der Deutschen Polizeigewerkschaft brauchen wir für die Polizei einen Masterplan und eine Task Force, um den **enormen Sanierungsstau bei den Polizeigebäuden**, den mit Sicherheit die aktuelle Landesregierung nicht zu verursachen hat, abzubauen. Dazu dürfen wir uns nicht Jahrzehnte Zeit lassen, wie bei dem von der DPoIG bereits 2010 prämierten „marodesten Dienstgebäude“, dem Polizeirevier in Ravensburg.

Ein Fußballspiel dauert 90 Minuten. Auch das Tor in der allerletzten Sekunde zählt, auch wenn es zur Nervenentspannung viele gerne in der 1. Minute gesehen hätten. Auch die aktuelle Regierungszeit ist noch nicht vorbei. Da kann noch Vieles geschehen. Nicht alle Zuschauer geben Standing Ovationen, nicht alle Aktionen sind gut. Geduld zahlt sich manchmal aus, auch wenn jeder Betroffene ungeduldig sein darf und sein muss. **Denn ohne Druck geht nichts** - und wo er fehlt, tritt garantiert die Deutsche Polizeigewerkschaft auf den Platz.

Hoffnungsvoll und nicht desillusioniert gehen wir mit in die zweite Halbzeit. Auch weil Fair-Play, ein respektvoller Umgang, ein enger Kontakt in allen Bereichen und mit der gesamten Regierungsmannschaft bei uns gelebt wird. Und das ist die Basis dafür, Bälle und Vorlagen auch in Tore zu verwandeln.

Rente für häusliche Pflege von Angehörigen Pflegekassen leisten auch für Privatpersonen Rentenbeiträge.

Mit der Einführung des Pflegestärkungsgesetzes II 2017 wurden die Hürden für einen Rentenanspruch gesenkt. Die Pflegekassen zahlen nun Rentenbeiträge für nicht professionell tätige Pflegepersonen.

Die Rentenversicherungspflicht tritt schon dann ein, wenn eine Pflegeperson eine oder mehrere pflegebedürftige Personen mit mindestens Pflegegrad II pflegt. Die Pflege muss dabei insgesamt mindestens zehn Stunden, verteilt auf wenigstens zwei Tage pro Woche, erbracht werden. Voraussetzung der Versicherungspflicht ist, dass die Pflegeperson, neben der Pflege, nicht mehr als dreißig Stunden berufstätig ist und die Pflege in häuslicher Umgebung erfolgt. Die Rentenversicherungsbeiträge werden von der Pflegekasse in voller Höhe übernommen.

Alle nicht erwerbsmäßig tätigen häuslichen Pflegepersonen (z. B. Familienangehörige, Freunde, Nachbarn) sind dazu bei den Unfallversicherungsträgern des kommunalen Bereichs



Wussten Sie schon, dass man für die Pflege von Angehörigen später mehr Rente bekommen kann?

beitragsfrei versichert, wenn sie eine pflegebedürftige Person mit mindestens Pflegegrad II, in häuslicher Umgebung pflegen.

Erkundigen Sie sich bei der zuständigen Pflegekasse oder dem Rentenversicherungsträger.

Quelle: deutsche-rentenversicherung.de

Weitere Informationen:

Broschüre „Rente für Pflegepersonen: Ihr Einsatz lohnt sich“: <https://bit.ly/2Pgr7IR>



Eine interessante Information des Landessenorenbeauftragten der DPoIG Baden-Württemberg: Berndt Wittmeier.

Mehr Widerstandsdelikte gegen Polizisten Wenn selbst ganz normale Menschen plötzlich austicken.

In keinem anderen Bundesland ist 2017 die Zahl der statistisch erfassten Widerstandsfälle gegen Polizeibeamte so stark gestiegen, wie in Baden-Württemberg. Der Staatsanzeiger berichtete davon. Laut Redakteur führte das Innenministerium diese Steigerung auf eine erhöhte Polizeipräsenz zurück. Auch seien die Beamten ohnehin geneigter, eine Strafanzeige zu erstatten. Wir meinen nach wie vor, es könnte mit einer gestiegenen Gewaltbereitschaft zu tun haben. Unsere DPoIG-internen Zahlen sprechen dafür.

Von 2016 bis 2017 sind die Fallzahlen der bei der DPoIG erfassten Rechtsschutzfälle, in denen Mitglieder der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) einen Rechtsschutz in Anspruch nahmen, um 20 Prozent gestiegen. Auch in diesem Jahr sieht es nach einer erbeuten zwanzigprozentigen Steigerung aus. Die meisten dieser Polizisten seien Opfer von Gewaltdelikten, sagte der DPoIG-Landeschef Ralf Kusterer im Gespräch mit der dpa. Kusterer spricht von einer gesellschaftlichen Entwicklung: „Die Bürger haben immer weniger Respekt vor der Polizei. Ganz normale Menschen ticken plötzlich aus.“

Widerstandshandlungen sind stark angestiegen.

Laut dem vor Kurzem veröffentlichten Lagebericht „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamten/-beamtinnen“ ist die Zahl



Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer beobachtet seit Jahren besorgt die stetig zunehmenden Widerstandsfälle.



Bild: Pixabay

Sinnbild für schwindende Hemmschwellen; Ein verletzter Einsatzbeamter wird von zwei Kollegen aus dem Gefahrenbereich gebracht.

der Widerstandshandlungen von 2016 bis 2017 in Baden-Württemberg um 13,3 Prozent gestiegen. Kein anderes Bundesland hatte eine zweistellige Steigerungsrate zu verzeichnen! Ganze 1.666 Fälle waren es 2017 in Baden-Württemberg und 22.340 in ganz Deutschland.

Auf Anfragen der Medien verwies das Innenministerium darauf, dass die Zahlen nur einen Ausschnitt der Jahresbilanz darstellen und dass Baden-Württemberg, etwa bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen, einen positiven Trend verzeichne als der bundesweite Schnitt. Zudem liege die Zahl der Übergriffe im Ländle im Verhältnis zur Einwohnerzahl niedrig. Zudem habe die Entwicklung auch damit zu tun, dass die Landespolizei mehr Präsenz zeige.

Es fehlt an Personal und an Anerkennung.

Die Opposition übt Kritik. Fehlen des Polizeipersonal in Kombination mit schwindender gesellschaftlicher Anerkennung, ergäbe ein ungutes

Gemisch, in welchem Aggressionen und Übergriffe auf Polizeipersonal gedeihen können. Einig sind sich die meisten Politiker, dass dieser Entwicklung gesamtgesellschaftlich entgegen gewirkt werden müsse. Die zunehmende Respektlosigkeit richte sich zudem nicht nur gegen die Polizei, sondern auch gegen andere Rettungskräfte.

Konsequente Strafverfolgung nach dem Offenburger Modell.

In Offenburg verfolgt die Staatsanwaltschaft seit 2016 die Linie, für Angriffe auf und Beleidigungen von Polizisten mindestens 50 Tagessätze zu fordern und kein Verfahren einzustellen.

Parteiübergreifend setzen die Politiker auf Körperkameras. „Wir gehen davon aus, dass Bodycams zur Deeskalation beitragen werden“, sagt Hans-Ulrich Sckerl (Grüne). Ab 2019 soll die Polizei landesweit ausgestattet werden. „Die bisherigen Erfahrungen damit seien gut“, so Ralf Kusterer. □

Quellen: dpa, Staatsanzeiger

1.666 Straftaten gegen Polizisten Ein Kommentar der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Anfang Oktober verbreitete eine große Nachrichtenagentur die Schlagzeile „Jedes Jahr Tausende Straftaten gegen Polizisten im Südwesten“. Der DPoIG-Landesvorsitzende kommentierte die negative Entwicklung aus seiner Sicht.

„Der Respektverlust gegenüber der Polizei, aber auch gegenüber anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst ist unerträglich“, sagte Ralf Kusterer. Und weiter: „Für die Polizei gilt, dass wir diesen Respekt zurückholen müssen. Dazu brauchen wir aber die Unterstützung der Justiz und der Politik. Bei der Verfolgung von Straftätern, welche Polizeibeamte/innen körperlich angreifen, müssen die rechtlichen Möglichkeiten im Strafmaß voll ausgeschöpft werden. Denn wer nicht hören kann, der muss es fühlen.“

Der Respektverlust beginnt in der Schule und endet auf der Straße. Wir müssen auch unseren Lehrerinnen und Lehrer mit einbeziehen, wenn es darum geht, gesamtgesellschaftlichen Respekt (wieder) herzustellen.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft sieht die Entwicklungen mit großer Sorge.

Es darf und kann nicht sein, dass Kinder und Jugendliche sich daran gewöhnen und für normal empfinden, denjenigen die ihnen etwas beibringen möchten, auf dem Kopf herum zu tanzen. Und schon gar nicht mit der Unterstützung oder Rückendeckung ihrer Eltern. Diese haften bekanntlich für ihre Kinder. Sie sind mit dafür verantwortlich wenn mit jeder kommenden Generation, der Respekt weiter schwindet. Nicht selten werden Eltern

aufgrund fehlenden Respekts selbst zu Opfern. Kusterer weiter: „Ich habe die deutliche Erwartungshaltung an die Damen und Herren der Politik, die ja nicht selten auch unter der umgreifenden Respektlosigkeit in unserer Gesellschaft leiden, dass sie bei Ihren beschlossenen Maßnahmen und Gesetzen auch deren Auswirkungen bedenken. Denn wer Polizeibeamte angreift, der greift nunmal den Staat und auch unsere Gesellschaftsform an - der greift indirekt die Bürgerinnen und Bürger an.“

Sind wir mal ehrlich: Wer auf Uniformträger losgeht, der wird sich gegenüber Normalbürgern erst recht nicht zurückhalten. „Über die Schwelle *Wehret den Anfängen* sind wir schon deutlich hinaus. Dieser Zug ist längst abgefahren“, sagt Kusterer. □



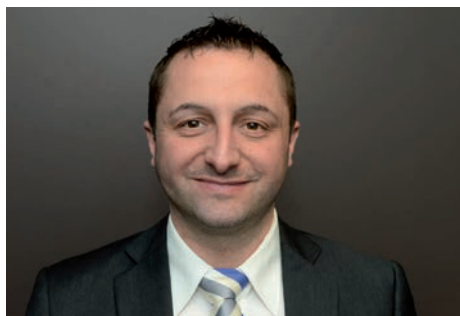
Bild: Pixabay

„A.C.A.B.“: Konstruiert und aus der Taufe gehoben, um einen bestimmten Berufsstand, die Vertreter des Staates, gezielt herabzuwürdigen und zu verletzen. Der oft hasserfüllt ausgesprochene Kunstbegriff geht bei manchen Altersgruppen noch leichter von der Zunge, als klassische Schimpfworte.

Land springt bei Schmerzensgeld ein Gesetzesentwurf sieht vor, dass Land Ansprüche übernimmt.

Ein neuer Gesetzesentwurf sieht vor, dass das Land einem Opfer ersatzweise die Summe des gerichtlich festgestellten Schmerzensgeldes erstatten kann. Dies wäre beispielsweise der Fall, wenn ein betrunkenen Randalierer einen Polizeibeamten verletzt, zur Zahlung eines Schmerzensgeldes verurteilt wird, aber zahlungsunfähig ist.

„Dieser Gesetzesentwurf ist vor allem für Polizeibedienstete ein bedeutsames Signal“, sagte Daniel Jungwirth von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). Es zeige, dass das Land sich in dieser Sache vor seine Vollzugsbeamte stelle.



Begrüßt den neuen Gesetzesentwurf, welcher verletzten Beamten deutlich den Rücken stärkt: Daniel Jungwirth, Stv. DPoIG-Landesvorsitzender

Der Begründung für die Gesetzesgrundlage ist zu entnehmen, dass sich etwa achtzig Polizeibeamte pro Jahr in der Situation befänden, einen Schmerzensgeldtitel zu besitzen, ohne eine Chance, das zugesprochene Schmerzensgeld tatsächlich auch zu erhalten. Zum Beispiel weil das Opfer seine Schmerzensgeldansprüche deshalb nicht durchsetzen kann, weil der Täter mittellos ist. Ein wahrer „Affrant“ aus Sicht der betroffenen Opfer. Durch die Neuregelung übernimmt das Land die Zahlungsverpflichtungen des verurteilten mittellosen Täters und leistet diese an das anerkannte Opfer. Es wäre dann am Land als Dienstherr, sich das Geld vom Täter zurückzuholen.

Mit dem Gesetzesentwurf sei man dabei, die bundesweit polizeifreundlichste Lösung auf den Weg zu bringen, sagte Innenminister Thomas Strobl. Andere Bundesländer haben ebenfalls eine solche Regelung, doch diese an eine Bagatellgrenze gebunden. In Baden-Württemberg hat man darauf verzichtet. Im benachbarten Freistaat übernimmt das Land erst ab einem Schmerzensgeldanspruch von über 500 Euro.

DPoIG: Stetiger Anstieg von Schmerzensgeldklagen.

Die Rechtsschutzabteilung der DPoIG Baden-Württemberg verzeichnet laut Jungwirth einen stetigen Anstieg von Schmerzensgeldklagen: „Im vergangenen Jahr waren es rund 1.000 Fälle, für 2018 rechnen wir bereits mit 1.200 Fällen. Dabei ist das, was wir aus den zu prüfenden Sachverhalten täglich lesen müssen, eigentlich unglaublich.“ Die gegenüber den Polizeibeamten begangenen Tathandlungen reichen von ganz klein, beispielsweise Schüler mit mangel-

dem Respekt oder einfachen Beleidigungen und gehen hin bis zu harten Beleidigungen mit sexuellem Hintergrund, bis hin zum Bespucken der Beamten und reichen bis zur vorsätzlich begangenen Körperverletzung. Zum Teil sei das zugesprochene Schmerzensgeld entsprechend hoch. „Wir reden hier durchaus über Fälle, bei denen es für die Opfer um 4.000 bis 10.000 Euro Schmerzensgeld geht“, so Jungwirth.

Auch für andere Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes.

Die neue Regelung soll auch bei Angriffen außerhalb des Dienstes gelten, wenn der Angriff aufgrund der Arbeit des Beamten geschah. Außerdem sollen alle Beamtengruppen darauf zurückgreifen können, beispielsweise auch Lehrer, die von Schülern verletzt werden, oder Feuerwehrleute und Rettungskräfte mit Beamtenstatus. Nach Angaben des Justizministeriums soll die Regelung bald auch für nicht verbeamtete Vollzugsbedienstete in Haftanstalten gelten. □



Besonders Polizeibeamte werden öfters zur Zielscheibe für brutale Gewalt.

Auf Streife wird ab jetzt gespart

Viele Polizeipräsidien leiden unter hohen Ermittlungskosten.

Rund eine Million Euro zusätzlich gibt es in diesem Jahr für zwölf Polizeipräsidien in Baden-Württemberg. Dies berichtete im Oktober der Staatsanzeiger. Dem Bericht zufolge wurden die Angaben einem ministeriellen Schreiben an die Polizeipräsidenten entnommen. Unterzeichnet habe dieses Innenminister Thomas Strobl.

Dem Bericht zufolge räumte Strobl in seinem Brief eine „teilweise angespannte Lage“ ein. Das Polizeipräsidium Konstanz kann offenbar mit einem Sonderzuschuss in Höhe von mehr als 80.000 Euro rechnen. Knapp 35.000 Euro fließen nach Tuttlingen.

Tropfen auf den heißen Stein.

Einige Polizeipräsidien im Südwesten haben demnach echte Budget-Probleme. In Mannheim und Aalen wurden wohl bereits echte Sparmaßnahmen

angeordnet. Anzunehmen, dass diese auch auf Einsparungen bei der Ermittlungsarbeit hinauslaufen. So werde in Mannheim bei der Neuanschaffung von Ausrüstung gespart, auch eine Senkung der Benzinkosten wurde angeordnet. Unter anderem seien in den Brennpunktrevieren in der Mannheimer Innenstadt auch rein präventive Streifenfahrten gestrichen worden.



„Die Zuschüsse sind ein Tropfen auf den heißen Stein.“, sagt Jürgen Engel, Stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender.

Der jetzige Sonderzuschuss des Ministeriums solle aber vor allem für gestiegene Ermittlungskosten verwendet werden. Bedeutet für die Basis weiteren Sparkurs bei der Beschaffung von Ausrüstungsteilen und Zurückhaltung bei der vorbeugenden Streifenfahrrt, den sogenannten Präsenzstreifen.

Zwei Millionen Überstunden

Die Deutsche Polizeigewerkschaft bezeichnete die einmalige Finanzspritze als nicht ausreichend. „Es darf nicht sein, dass die Polizei bei Ermittlungen oder Verbrechensverhinderung sparen muss“, sagte der Stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Engel. Er merkte an, dass die Polizistinnen und Polizisten in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr rund zwei Millionen Überstunden geleistet haben. Davon seien 1,39 Millionen Überstunden weder finanziell, noch durch Freizeit, ausgeglichen worden. Auch das dürfe so nicht sein. □

Entschieden gegen Freigabe von Cannabis

DPoIG spricht sich für verstärkte Drogenprävention aus.

In einem Gespräch mit der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Frau Marlene Mortler, bekräftigte der Bundesvorsitzende der DPoIG, Rainer Wendt, die Position unserer Gewerkschaft, die sich entschieden gegen eine Freigabe von Cannabis ausspricht.

Der Staat dürfe sich unter keinen Umständen zum Dealer machen. Wendt stellte heraus, dass die Aufgaben des Staates in der Prävention und der Strafverfolgung lägen.

Mortler und Wendt waren sich einig, dass staatliche Aufklärungskampagnen verstärkt werden sollten. Aber auch Elternhaus, Schule und Vereine seien gefragt, wenn es darum gehe, Jugendliche über die Schädlichkeit und Suchtgefahr von Drogen aufzuklären. □



Wird oft in einem Atemzug mit anderen harmlosen Themen genannt: Friede, Liebe und Cannabis. Definitiv kein harmloser Lifestyle, sondern eine verharmloste Droge. Nicht wenige Experten warnen davor, den Suchtfaktor dieser günstig gehandelten Einstiegsdroge zu verkennen.

Bekämpfung von Kinderpornografie

Verdichtung von Ermittlungsmethoden im Bereich der Kinderpornografie und Cybercrime.

Kinderpornos sind im Internet leicht verfügbar. Es darf nicht vergessen werden, dass die schmutzigen Bilder, Filme und kurzen Video-clips, unter Umständen einen noch andauernden sexuellen Missbrauch von Kindern dokumentieren. Dementsprechend räumt die Polizei der Bekämpfung der Kinderpornografie einen hohen Stellenwert ein.

Maßnahmen wie gezielte Recherchen in Datennetzen, vor allem im Darknet, müssen Standard der Polizeiarbeit werden! Denn auch in der virtuellen Welt muss das Entdeckungsrisiko nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft hoch sein. Immer noch nutzen viel zu viele Straftäter die Anonymität des Internets.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft unterstützt die aktuelle Initiative, dass Polizisten, die in der Pädophilen-Szene ermitteln, auch computergeneriertes Kinderpornografie-Material, quasi als Köder, hochladen sollen dürfen. Dabei handelt es sich ausschließlich um computergenerierte Bilder. Die Nutzung echter Fotos ist untersagt.

Es wird also kein reales Kind in sexueller Pose fotografiert, sondern ein künstliches Bild programmiert. Einen mehrheitlichen Entschluss dazu fassten die Justizminister der Länder während ihrer letzten Konferenz und haben damit eine Forderung der Deutsche Polizeigewerkschaft aufgegriffen.

Polizisten wollen computergenerierte Grafiken verwenden.

Die skurril anmutende Forderung ist wichtig, um in der Pädophilenszene überhaupt Fuß fassen zu können. Verdeckte Ermittler stoßen im „Darknet“, in dem jeder User anonym unterwegs ist, an Grenzen. „In vielen Foren werden Nutzer verpflichtet, selbst kinderpornografische Inhalte in diese Foren einzubringen, damit sie dort präsent bleiben dürfen. Der Polizei ist das bisher nicht möglich,

da es sich beim Einstellen von echtem kinderpornografischem Material um einen Straftatbestand handelt“, erklärte anschaulich Manfred Ripberger, Fachsprecher Kriminalpolizei der DPoIG Baden-Württemberg.

Keine polizeiliche Aufgabe lässt sich ohne Personal bewältigen.

Aufgrund der hohen Fallzahlen und Dunkelziffer, aber auch angesichts des unendlichen Leids der Opfer, muss auch diesem Bereich weiteres Personal zugeführt werden. Ein Ansatz ist die Gewinnung von Spezialisten aus anderen Bereichen, um die Polizei noch professioneller aufzustellen. Deshalb ist und war der Ansatz von Sonderaufbahnen, etwa für Cybercrime, ein guter.



Begrüßt den Entschluss der Justizminister: DPoIG-Fachsprecher Kriminalpolizei, Manfred Ripberger.

„Wir müssen bei den Ermittlungen auf dem aktuellen Stand der Technik sein und den Fahndern die benötigten Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, um Schritt halten zu können. Mehr denn je brauchen wir leistungsfähige Netze, Rechner und Speichermedien. Die Datenmengen, die hier aus unterschiedlichen Deliktsbereichen auf die Polizei zukommen, sind noch unvorstellbar“, so Ripberger weiter.

Die Polizei muss die Bekämpfung besonderer Kriminalitätsphänomene in der Aus- und Fortbildung stärker berücksichtigen. Die Anpassung des Polizei-Studiums mit entsprechenden Kooperationen anderer Hochschulen begrüßen wir ausdrücklich. Nur

gut qualifizierte Beamte können den Kampf gegen solche Verbrecher gewinnen.

Medizinische Hilfe und ausreichend Fürsorge für belastete Ermittler.

Für uns als Deutsche Polizeigewerkschaft stehen auch die Kolleginnen und Kollegen, die solche Straftaten verfolgen müssen, im Blickpunkt. Deren Arbeit zählen wir mit Abstand zu den schwierigsten polizeilichen Fallbearbeitungen. Das viele Leid, welches die Ermittler täglich sehen müssen, ist schwer vorstellbar. Nicht selten führt das zu psychischen Erkrankungen. Viele lassen die hässlichen Bilder und vielleicht auch das was sie hören, nicht mehr los. Sie brauchen die beste medizinische Hilfe die man nur leisten kann, die volle Fürsorge des Dienstherrn und eine Politik, die klar hinter ihnen steht. Da darf es keine Frage geben, ob eine medizinische Maßnahme bezahlt wird oder nicht.

Bei allen möglichen polizeilichen Bekämpfungsansätzen ist auch die Mithilfe der Bevölkerung wichtig: Lehrer, Erzieher, Betreuer, Trainer, Übungsleiter, Jugend- und Kindergruppenleiter haben oft persönliche Nähe zu Kindern und Jugendlichen. Mit entsprechenden Schulungen könnten sie Misshandlungen besser erkennen. Da die Täter auch im familiären Umfeld der Opfer zu finden sein könnten, ist der vertrauliche Kontakt zur Polizei, die ebenso vertraulich und sorgsam handelt, immens wichtig.

Datenschutz darf kein Täterschutz sein.

Wir müssen immer an die kleinen Opfer denken, die sich nicht wehren können. Kein Datenschutz rechtfertigt es, in diesen Deliktsbereichen nur mit angezogener Handbremse zu fahren. Da müssen wir, da muss die Polizei, Vollgas geben können. □

Entlastung gesetzlich Krankenversicherter DPoIG und dbb fordern Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge.

Am 8. Oktober 2018 fand im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages die Sachverständigenanhörung zum GKV-Versichertenentlastungsgesetz statt. Seit Jahren fordern DPoIG und dbb die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Mit dem vorgelegten Entwurf des GKV-Versichertenentlastungsgesetzes wird diese Forderung nun zumindest in einem ersten Schritt umgesetzt. Mit dem GKV-Finanzierungsgesetz war im Jahr 2011 der Arbeitgeberbeitrag auf 7,3 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens festgeschrieben worden. Eine finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber an künftigen Beitragssatzsteigerungen in der Krankenversicherung war damit ausgeschlossen worden. Der dbb hatte dies in seinen damaligen Stellungnahmen scharf kritisiert. Umso mehr wird die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung nun begrüßt. Allerdings wies der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am Rande der Anhörung darauf hin, dass aus Sicht des dbb die Einbeziehung der Arbeitgeber nicht weitgehend genug sei, denn die Versicherten werden seit Jahren mit weiteren Zusatzkosten einseitig belastet: Rezeptgebühren, Arzneimittelzuzahlungen oder auch die täglich zu entrichtenden zehn Euro im Krankenhaus gehören aus Sicht des dbb grundsätzlich abgeschafft.

Darüber hinaus soll mit dem Gesetz in die Finanzautonomie der Krankenkassen eingegriffen werden. Der dbb Bundesvorsitzende betonte, dass das Vorhaben, die Kassen gesetzlich zu zwingen, ihre Finanzreserven abzuschmelzen, kontraproduktiv sei: das Ausnutzen kurzfristiger Beitragssenkungsspielräume wird langfristig teuer erkauft. Es ist zu befürchten, dass sich der Wettbewerb der Kranken-



kassen zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung nur noch über den Beitrag definiert. Spezielle Satzungsleistungen treten in den Hintergrund. Die vorgesehene Absenkung der gesetzlichen Obergrenze für die Finanzreserven um ein Drittel wird mittel- bis langfristig zu stärker schwankenden Beitragssätzen führen, da der Puffer schmilzt, mit dem etwaige Ausgabensteigerungen bisher abgedeckt werden konnten.



Kennt sich bei Krankenversicherungsbeiträgen aus: Edmund Schuler, Landestarifbeauftragter der DPoIG Baden-Württemberg

Der dbb sieht in der Auskehrung der Finanzreserven eine 180-Gradwende der Politik. Noch mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz im Jahr 2015 hatte der Gesetzgeber eigens einen so genannten Pflegevorsorgefonds eingerichtet, der über 20 Jahre mit 0,1 Beitragssatzpunkten gespeist wird und der die absehbaren Kosten-

steigerungen im Gesundheitswesen abmildern sollte.

Mittlerweile liegt dem dbb auch der Entwurf eines Pflegeversicherungs-Beitragssatzanpassungsgesetzes 2019 (BSAG) aus dem Bundesgesundheitsministerium vor. Die mit dem Versichertenentlastungsgesetz vorgesehene Entlastung der Arbeitnehmer wird mit der geplanten Beitragssatzanhebung in der Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte fast schon wieder zunichte gemacht. Die „Linke-Tasche-Rechte-Tasche-Politik“ der Bundesregierung ist durchschaubar und führt weder zu mehr Nachhaltigkeit noch löst sie die anstehenden demografiebedingten Probleme, so Silberbach.

Doch schließlich sollen mit dem Gesetz die Mindestbeiträge für Klein-selbstständige halbiert werden. Bisher mussten Selbstständige, unabhängig von ihren tatsächlichen Einnahmen auf einen Mindestbemessungswert von 2.284 Euro im Monat Krankenversicherungsbeiträge entrichten. Dieser Wert soll nun zum 1. Januar 2019 halbiert werden. Für die Betroffenen eine gute Regelung, die auch der dbb gegenüber dem European Economic and Social Committee angeregt hatte.

Das Gesetz soll zum 1. Januar 2019 in Kraft treten. □

Vorsorgekuren für Teilzeitbeschäftigte Deutsche Polizeigewerkschaft erneuert ihre Forderung.

Gemäß § 14 Abs. 5 Nr. 2 HVO i.V.m. Nr. 14.5 VwVH-VO werden Beamtinnen und Beamten des Wechselschichtdienstes unter näher definierten Voraussetzungen Vorsorgekuren bewilligt. Eine Bewilligung für Teilzeitkräfte ist aufgrund genau dieser Voraussetzungen nicht möglich.

Seit Jahren fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft, dass auch Teilzeitbeschäftigte Vorsorgekuren in Anspruch nehmen können. Und zwar unabhängig ob es sich dabei um männliche oder weibliche Beschäftigte handelt. Für beide gilt, dass die Belastungen im Schichtdienst auch bei einer Teilzeitbeschäftigung wirken. Nicht selten ist es sogar so, dass aufgrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Arbeitszeit vermehrt innerhalb der belastenden Schichtphasen erfolgt. Die trifft auch auf andere Bereiche zu, in denen Vorsorgekuren gewährt werden.

„Für uns ist wichtig“, so Daniel Jungwirth, Stellvertretender Landesvorsitzender, „dass man bei der Betrachtung der Belastungen auch die Realität zur Kenntnis nimmt: Bei einer Teilzeitbeschäftigung aus familiären Gründen verbleibt diesen Beschäftigten aufgrund ihrer familiären



Neben den Belastungen des Wechselschichtdienstes fordert auch ein gelungenes Familienmanagement die Gesundheit.

ren Verpflichtungen nicht automatisch mehr Regenerationszeit, als den



Selbst seit Jahrzehnten aktiv im Wechselschichtdienst, weiß Daniel Jungwirth, wovon er spricht.

Vollzeitkräften. Der oder die Kollegin findet zuhause oft keinen absoluten Schon- oder Erholungsraum.“

Nicht nur mit Blick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fordern wir, zukünftig auch die Bewilligung von Vorsorgekuren für Teilzeitkräfte, die in ihrer Teilzeittätigkeit regelmäßig Wechselschichtdienst ableisten. Und analog für übrige Dienstbereiche, bei welchen regelmäßig auch Vorsorgekuren im Sinne der HeilfürsorgeVO gewährt werden. □

Eltern-Kind-Kuren auch für Polizeibeamte Gewährung von Vorsorgekuren durch Heilfürsorge verlangt.

§ 14 Abs. 5, S. 5 HVO schließt aktuell die Gewährung von Mutter- bzw. Vater-Kind-Kuren in Form von Vorsorgekuren aus. In der gesetzlichen Krankenversicherung sind diese Kuren seit dem Jahr 2007 Pflichtleistungen. Im Jahr 2012 wurde dieser Anspruch auch für alle pflegenden Berufstätigen rechtlich geregelt.

Marion Rothmund, DPoIG-Landesfrauenbeauftragte, ist seit Jahren in

dieser Sache unterwegs und versucht in allen Bereichen Unterstützer für die Einführung/Gewährung dieser besonderen Art von Kuren zu finden.

Marion Rothmund dazu: „Unsere Forderung ist und bleibt die Bewilligung der Mutter/Vater-Kind-Vorsorgekuren bzw. Kuren für pflegende Polizeibeamte/innen in Anlehnung an die rechtlichen Bestimmungen wie sie seit Jahren außerhalb der Polizei gelten.“ □



Macht sich nicht für reine Frauenthemen, sondern auch für Belange der Gleichstellung aller Polizeikollegen stark: Marion Rothmund.

DPoIG fordert Masterplan für Polizeigebäude Desolate Gebäude und Räume müssen ein Ende haben.

Die Situation vieler öffentlicher Gebäude ist bekanntlich katastrophal. Schulen müssen schließen, Schwimmbäder können nicht mehr betrieben werden. Das ist das Ergebnis jahrzehntelanger Versäumnisse und in großen Teilen auch des radikalen Personalabbaus im Öffentlichen Dienst.

Wo wir früher Hausmeister und eigene Reinigungskräfte hatten, haben wir heute fremdes Facility-Management und regelmäßige Haushaltskürzungen für Reinigungsmittel. Unsere Dienstgebäude sind nicht selten in einem zweifelhaften hygienischen Zustand. Man muss sich kaum wundern über Krätze, Legionellengefahren und Ähnliches.



Der Stv. DPoIG-Landesvorsitzende Oliver Auras bringt die Defizite bei den Dienststellen auf den Punkt.

Das ehemals von der Deutschen Polizeigewerkschaft als schlechtestes Dienstgebäude „gekürte“ Polizeirevier Baden-Württembergs in Ravensburg verdient diesen Titel heute noch. Für viele Polizeikolleginnen und -kollegen ist der Arbeitsplatz kein Platz an dem man mit Freude arbeitet. Es fängt mit den Umkleideräumen an, die manchen bereits vor dem Betreten mit Ekel erfüllen. Bei den Büromöbeln und der -ausstattung fühlt man sich teilweise wie in der Möbelabteilung eines Trödelmarkts. Und glücklich können sich nur Standorte schätzen, bei welchen man nach einem jahrzehntelangen Kampf endlich mal Geld in die Hand genommen hat. Die Anforderungen haben sich unterdessen geändert. Die Büroeinrichtun-

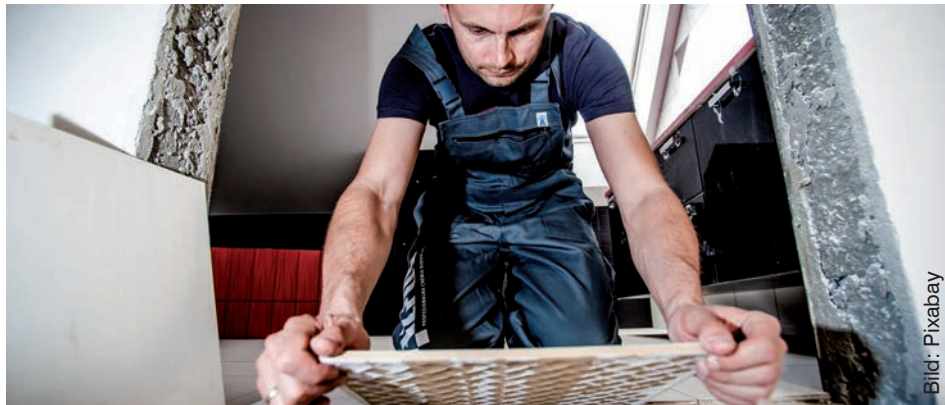


Bild: Pixabay

Nicht nur Fliesenleger hätten in etlichen Polizeigebäuden alle Hände voll zu tun.

gen aus dem 70er-Jahren mancher Kripo-Dienststelle ist ebenso wenig zeitgemäß. Und schon lange sind manche Räume eine echte Belastung in Strafverfahren, weil einfache Standards nicht eingehalten werden können. Ganz zu schweigen von manchen Sozial- und Aufenthaltsräume die ohne private Mitbringsel zum Sitzen auf dem Boden einladen würden. Zusätzlich haben in diesem Jahr die enormen und fast nicht endenden hohen Temperaturen ein konzentriertes und professionelles Arbeiten mehr als nur erschwert. Klima-Anlagen? Fehlanzeige! An den Planungen für Neu- und Umbauten ging die klimatische Entwicklung nahezu unbeachtet vorbei. Es wird ja (hoffentlich) nur ein einmaliges Erlebnis gewesen sein!?

Was große Unternehmen mit viel Engagement und auch finanziellen Mitteln beachten und vorantreiben, ist im Öffentlichen Dienst und in der Polizei eher ein seltenes Vorkommnis. In einigen Bereichen ist das nach Auffassung von Oliver Auras, Stellvertretender Landesvorsitzender, schlichtweg nicht mehr akzeptabel. „Dabei wäre es so einfach“, so Oliver Auras. „Man hatte in dieser Legislaturperiode beschlossen, auch den bekannten Sanierungsstau mit Mitteln von Steuernehmereinnahmen abbauen zu können. Was wäre einfacher, als den Bedarf zu verifizieren und in die Haushaltsüberlegungen mit einzubringen? Darauf hat unser Landesvorsitzender Ralf Kusterer bereits

unmittelbar nach den gesetzlichen Regelungen in der Landeshaushaltsordnung hingewiesen. Ich habe nicht den Eindruck, dass für die Polizei hier viel geschehen ist.“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert, dass man sich sehr zügig ein Bild über die Situation der Polizeigebäude mit allen Räumlichkeiten macht. Man sollte aber nicht nur eine aktuelle Mängelliste erstellen, sondern auch aktuelle Entwicklungen und Anforderungen an ein modernes Gebäudemanagement bei der Beurteilung mit einbeziehen. Oliver Auras dazu: „Wir brauchen einen Masterplan und eine Task-Force, die sich den polizeilichen Liegenschaften annimmt. Sonst fliegt uns das nicht nur im kriminaltechnischen Beweisverfahren um die Ohren. Ich sage voraus, dass das die Auswirkungen auf die Gesundheit der Beschäftigten zunehmen werden. Die jahrzehntelange Ignoranz der Arbeitsplätze der Polizei muss ein Ende haben. Wer Qualität will, muss dafür auch entsprechende Rahmenbedingungen liefern. Das gilt auch für das Personal, das sich um die Liegenschaften kümmert. Hausmeister in ausreichender Anzahl, die in der Lage sind, kleinere Mängel selbst zu beheben. Eigene Reinigungskräfte, die sich wie früher, mit ihrem Arbeitsplatz „bei der Polizei“ identifizieren. Mancher Euro für eigenes Personal zählt sich schneller aus als man denkt.“ □